

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.— M., bei weitem Postbezug monatlich 4.45 M., bei Zustellung unter Straßennummer für Deutschland 4.50 M., (für Ausland 1.30 M., per Brief 12.50 M.)

Redaktion und Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III, Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Interessante Seiten die achtseitige Sonntagsbeilage oder deren Raum 1.20 M., Wortanzeigen das letzte Heft 20 Pf., jedes weitere Heft 25 Pf., Erziehungszufügung 20 Pf. Bei Familien- u. Vereinsabonnements 18 Pf. der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition ankommen sein.

Direktion-Abteilung: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9768

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Wachsendes Elend.

Höhere Brot- und Kartoffelpreise.

Protest der Arbeiterschaft.

Die bereits vor einiger Zeit angekündigte Absicht der Regierung, durch Gewährung von hohen Prämien die Landwirte zur Ablieferung ihrer Erzeugnisse zu veranlassen, droht jetzt, trotz aller Warnungen der Arbeiter, greifbare Gestalt anzunehmen. In der gestrigen Sitzung des Reichsrats wurde der Entwurf einer Verordnung über die Zahlung von Ablieferungsprämien für Brotgetreide, Gerste und Kartoffeln beraten. Dabei wurde mitgeteilt, daß die Ablieferung von Brotgetreide im vergangenen Jahre bei 2 000 000 Tonnen, im laufenden Jahre aber erst 1 100 000 Tonnen betragen habe. Der Lieferungsstreik der Landwirte ist also im vollsten Gange, wenn auch die hohen Herren des Reichsrats die Ursachen für diesen Rückgang der Ablieferung nur in der verspäteten Ernte und in der Ueberlastung der Verkehrsmittel sehen wollen. Denn im Widerspruch zu diesen angeblichen Gründen wurde erklärt, daß es nur ein Mittel zur Steigerung der Ablieferung gäbe, nämlich die wesentliche Erhöhung der Preise.

Welche Belastung diese Prämien für die Verbraucher darstellen, geht aus der Tatsache hervor, daß ihre Kosten auf eine Milliarde geschätzt werden, die durch Erhöhung des Wehl- bzw. Brotpreises eingebracht werden soll. Der Wehlpreis soll mehr als verdoppelt werden, die Erhöhung wird pro Doppelzentner 46,50 Mark betragen, so daß der Preis für ein Brot im Gewicht von 250 Gramm auf 2,45 Mark steigen wird. Auch die Kosten für die Ablieferungsprämien für Kartoffeln sollen die Verbraucher tragen. Der Erzeugerpreis wird um 2,50 Mark pro Zentner, also um mehr als ein Viertel erhöht werden. Reichen aber selbst diese Erhöhungen nicht aus, so soll die Reichskasse für Fehlbeträge aufkommen.

Durch diese drohenden Preiserhöhungen für die allerwichtigsten Nahrungsmittel werden nicht nur alle Lohn-erhöhungen zunichte gemacht, sondern die Lebenshaltung der Massen wird geradezu gefährdet, wenn es nicht gelingt, durch neue Steigerungen der Löhne einen Ausgleich für diese Erhöhungen der Preise zu schaffen. Aus dieser Erkenntnis heraus hatte deshalb sowohl die Verwalter der Reichsregierung als auch die Berliner Gewerkschaftskommission sich mit aller Entschiedenheit gegen diese Absichten der Regierung gewendet. Auf ein Schreiben des Reichsarbeiterverbandes an das Reichsarbeitsministerium, das zum Eingreifen aufgefordert wurde, ist bezeichnenderweise nicht einmal eine Antwort erteilt worden. Die Berliner Gewerkschaftskommission hat deshalb jetzt beschlossen, durch ihren Vorstehenden Rörsten dem volkswirtschaftlichen Ausschuss der Nationalversammlung, der in diesen Tagen über die Prämienvergütung zu entscheiden hat, den nachhaltigsten Protest der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zu unterbreiten. Bis hierher steht leider die Gewerkschaftskommission mit ihrem Protest allein da, da bezeichnenderweise für die Leitung des Gewerkschaftsbundes für diese eminent wichtige Frage kein Interesse an den Tag legt und diesen Anschlag gegen die Lebenshaltung der Arbeitermassen ruhig geschehen läßt.

So willig die Regierung dem Drude der Agrarier nachgibt, so wenig ist sie anscheinend gewillt, die Forderungen der Arbeiterklasse zu berücksichtigen. Denn bisher ist noch nichts darüber bekannt geworden, daß sie irgend welche Schritte zu unternehmen gedenkt, diese drohende Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse abzuwehren. Glaubt die Regierung aber, gegenwärtig zur Abwendung der Lebensmittelnot in den Städten kein anderes Mittel zu besitzen, als die Forderungen der Agrarier nach Preiserhöhung zu bewilligen, so darf das auf keinen Fall geschehen, ehe nicht die Strafkraft der Massen durch Erhöhung der Löhne vorgenommen worden ist. Wir fordern deshalb mit aller Entschiedenheit, daß die Prämienvergütung an die Landwirte solange unterbleibt, bis die Regierung durch die von uns bereits früher geforderten Maßnahmen dafür sorgt, daß die Löhne der Arbeiter stei-

gen, wenn die Preise für Lebensmittel und dergleichen erhöht werden.

Die tragische Lage Oesterreichs.

Paris, 16. Dezember.

Staatskanzler Renner erbat dem Obersten Rat ein Ergöß über die tragische Lage der Bewohner Oesterreichs, deren Versorgung nur bis zum 21. Januar gesichert sei. Der Rat beschloß, 30 000 Tonnen Getreide, die gegenwärtig in Triest lagern, nach Oesterreich zu senden. Die finanzielle Hilfe Amerikas wurde als unerlässlich betrachtet. Zum Schluß erklärte Renner, sein Land wünsche von den Alliierten die Ausarbeitung eines allgemeinen Versorgungsschemas, das auf eine Zeit von 10 bis 12 Monaten dem Volke gesatte, sich wieder an die Arbeit zu setzen, seine Industrien aufzurichten und seine Schulden zu bezahlen. Er fügte bei, daß Oesterreich bereit sei, die Beziehungen mit seinen Nachbarn, den Jugoslawen und Tschecho-Slowaken wieder aufzunehmen.

Nach dem Ergöß des Staatskanzlers Renner erklärte der Vorsitzende des Organisationskomitees der Reparationskommission Soucheur, nachdem er den Beschluß des Obersten Rates mitgeteilt hatte, zunächst die sofortige Ablieferung von 30 000 Tonnen Getreide, die bereits in Triest lagern, nach Oesterreich zu veranlassen. Die Alliierten würden Südslavien einen Kredit gewähren zur Lieferung von Lebensmitteln an Oesterreich. Eine eigene vom Obersten Rat eingesetzte Kommission werde sich mit der Durchführung dieser Lebensmitteltransporte beschäftigen. Weiters würde, wenn möglich, binnen einer Woche entschieden, welche von den zur Zeit der Reparationskommission verpfändeten Oesterreichischen Aktien zur selbständigen Kreditbeschaffung freigegeben werden sollen. Viertens erteile der Oberste Rat seine Zustimmung zur Beendigung von Verhandlungen der Oesterreichischen Regierung mit einem holländischen Konsortium wegen Verpfändung des Oesterreichischen Tabakmonopols. Der hieraus zunächst zu erzielende Vorschuß von 80 Millionen holländischer Gulden wäre in erster Linie zum Ankauf der notwendigen Lebensmittel zu verwenden. Fünftens würde die Reparationskommission das vom Staatssekretär der Volksernährung ausgearbeitete Programm für die Ernährung Oesterreichs in den nächsten zehn Monaten unverzüglich prüfen.

Staatskanzler Dr. Renner dankte dem Obersten Rat und hob die Notwendigkeit hervor, die Transporte aus Triest schnellstens durchzuführen. Da die bisherigen Schritte zur Erlangung größerer Mengen Lebensmittel aus Südslavien fehlschlugen, bedürfte es des ganzen Einflusses der Alliierten, um die südslavische Aushilfe wirksam zu machen. Ferner betonte der Staatskanzler die Notwendigkeit baldigster Entscheidung über die Freigabe von Aktien, um Oesterreich im Auslande zahlungsfähig zu machen.

Geldverschleuderung und Befriedung.

Für die Zeichnung der Prämienanleihe ist eine Wertlosigkeit entfaltet worden, deren Kosten, wie vorausgesehen war, ungeheure Summen verschlangen. Die Ausgaben für diesen Zweck werden auf etwa 10 Millionen Mark angegeben. Neben der Verschleuderung von öffentlichen Mitteln ist besonders bezeichnend ihre einseitige Verwendung und die Bewilligung so hoher Preise für die Druckerzeugung, daß die wenigen beteiligten Druckereien Riesengewinne einstecken konnten. In einzelnen Fällen soll nahezu das Doppelte für die Drucksachen bezahlt worden sein, als es sonst üblich ist. Auch an Bedakteure soll man mit dem Versprechen von Sonderhonoraren herangekommen sein, deren Höhe einer Befriedung gleichkommt, damit diese in ihren Blättern günstige Werberartikel schreiben.

Selbst der „Vorwärts“ sieht sich veranlaßt, wegen dieser Korruptionsercheinungen strenge Untersuchung durch die Einsetzung einer Kommission zu verlangen. Das muß sofort geschehen und so rücksichtslos eingeschritten werden, daß solche Vorfälle für die Folge unmöglich werden.

Schweres Explosionsunglück.

Wilhelmshaven, 16. Dezember.

Heute mittag entfiel beim Entladen von Granaten in dem Munitionsdépôt Mariensiel eine starke Explosion, durch die zahlreiche Personen verwundet wurden. Die Zahl der Toten steht noch nicht fest. Durch die Gewalt der Explosion wurden viele Häuser abgedeckt und auf 3 km. Entfernung sämtliche Fenster zertrümmert. Der Materialschaden ist groß.

Die Ausbeutungsschraube.

Unternehmer und Unternehmerjünger arbeiten fieberhaft an der Steigerung der Produktivität der Arbeit. Das charakteristische Merkmal dieser emsigen Tätigkeit ist es, daß alle Mittel, die zu dem genannten Zweck in Vorschlag oder zur Anwendung kommen, mit peinlichster Sorgfalt nach dem Grundhaz ausgewählt werden, daß die Steigerung der Produktivität lediglich auf Kosten der Arbeiterschaft zu geschehen hat. Um die Effektivität und die Masse des harmlosen „Publikums“ für die Methoden des Unternehmertums, die letzten Endes nur Methoden verstärkter Ausbeutung sind, empfänglich zu machen, begründet man ihre Notwendigkeit mit der angeblichen „Arbeitsunlust“ der verhetzten Arbeiterschaft, die das Wirtschaftsleben ruiniere und gegen das „Gesamtinteresse des deutschen Volkes“ verstoße. Fast die gesamte bürgerliche Presse betätigt sich als williges Werkzeug dieser Art der „Wiederbelebung des deutschen Wirtschaftslebens“ und auch die rechtssozialistischen Organe tanzen unbedenklich mit im Reigen des Unternehmertums. Das wissenschaftliche Organ der Rechtssozialisten, „Die Neue Zeit“, gibt dazu den Ton an. Herr Richard Woldt, bekannt als Fachmann für Betriebslehre, und einst ein grümmiger Feind verächtlicher, angeblich wissenschaftlicher Ausbeutungsmethoden, betrachtet dort die Dinge von der „höheren Warte“, wobei er ebenfalls zu dem Schluß kommt, daß der Zeitlohn nicht selten eine „Prämie auf die Arbeitsunlust“ ist. „Wer nicht arbeiten will“, erklärt Herr Woldt, „kann zur Arbeit nicht gezwungen werden, er hat für nicht geleistete Arbeit aber auch keinen Lohn zu beanspruchen.“ Schöner bringt es ein Söldling des Unternehmertums auch nicht fertig. Und leichter kann er es sich auch nicht machen, denn Herr Woldt stützt sich zum Beweise für die Notwendigkeit der Akkordarbeit leblich auf einen der bekanntesten fristierten Berichte aus den Eisenbahnwerkstätten. Von seinen theoretischen Begründungen wollen wir im Interesse des Verfassers kein Aufhebens machen.

Die Unternehmer verfolgen eine sehr gewandte Taktik. Sie stellen zunächst ausschließlich die Akkordentlohnung als Mittel zur Steigerung der Arbeitsleistung in den Vordergrund und konzentrieren alle Kräfte auf die Durchsetzung ihrer Forderung. Ist diese Forderung durchgesetzt, dann wird eine andere Parole ausgegeben und mit der gleichen Einseitigkeit propagiert. Die Seilschlange: „Zurück zur Akkordarbeit!“ (auch Herr Woldt beiteilt seinen Artikel so) erklingt fast täglich in allen Zeitungen und verdrängt alle anderen Gesichtspunkte. Die Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten werden wiederholt der Faulheit oder der bewußten Herabminderung der Arbeitsleistung bezichtigt und die Akkordentlohnung wird auch hier als die Erlösung gerufen — selbstverständlich für die Gesamtheit, für den Eisenbahnklub wie für die vernünftige Arbeiterschaft, die fehlsüchtig der Befreiung vom „Terror einer radikalen Minderheit“ harret. Daneben tritt die Tatsache, daß sich die organisierten Eisenbahner aller Richtungen einmütig gegen die Akkordarbeit wenden, indem sie mit sachlichen technischen Gründen ihre Unzumutbarkeit darlegen, ganz zurück. Ganz unbeachtet bleibt es, daß die vereinigten Eisenbahnerorganisationen einen Tarif mit Zeitlöhnen vorgelegt haben, in dem als Mittel zur Steigerung der Arbeitsfreudigkeit und der Arbeitsleistung angemessene Rechte für die Arbeitervertretungen in den Betrieben und bei den Direktionen gefordert werden. Trotzdem über diesen Tarif bereits verhandelt wird, werden die Treiberereien fortgesetzt und von den Rechtssozialisten gefördert.

Gelinat die Einführung von Entlohnungsmethoden und Arbeitsordnungen, die den kapitalistischen Wünschen der Unternehmer gemäßen, nicht auf friedlichem Wege, so wendet das Unternehmertum Gewalt an. Neben der Schlichung der Vulkanwerft in Hamburg, über die wir berichtet, ist ein ähnlicher Vorgang in den Altsawerken in Bremen charakteristisch dafür. Auch hier sollte unter allen Umständen die Akkordarbeit eingeführt werden, und da sich die Arbeiter der Werke, im Gegensatz zur Belegschaft anderer Werften, durch Abstimmung gegen die Akkordentlohnung erklärt hatten, wertlos die Beschle-

Nach 2500 Arbeiter aus und nach dem Wert 70 Tage ruhen, bis die Arbeiterschaft zur Annahme der von der Direktion diktierten Bedingungen bereit war. Alles das geschieht unter der beachtlichen Maske: Steigerung der Produktivität der Arbeit zum Wohle des Volkes. Das wahre Ziel ist, schärfere Anziehung der Ausbeutungsschraube zum Wohle des Profits.

Nun sind auch wir der Meinung, daß die Arbeiterschaft keinen Grund hat, sich prinzipiell gegen eine Steigerung der Produktivität zur Wehr zu setzen oder gar eine Minderung der Arbeitsleistung zu erstreben. Aber die Sorge um die verschiedenartigen Wiederbelebung des deutschen Wirtschaftslebens kann die Arbeiterschaft dem Unternehmer überlassen. Es liegt kein Anlaß vor, den Einfluß der Arbeiterorganisationen in den Dienst dieser Wiederbelebung zu stellen, solange alle Bemühungen in dieser Richtung ganz einseitig auf eine Wiederaufrichtung der vollen Selbstherrlichkeit des kapitalistischen Unternehmers hinauslaufen. Wenn die Arbeiterschaft gezwungen ist, zu den Fesseln der Behebung der Wirtschaft und der Steigerung der Produktivität Stellung zu nehmen, so hat sie vor allem darauf zu achten, daß die geforderten Maßnahmen keine wirtschaftliche Benachteiligung der Arbeiterschaft, keine Schwächung der Arbeiterrechte oder der Kampfkraft der Arbeiterklasse zur Folge haben. Besteht eine solche Gefahr, dann sind die betreffenden Pläne rückwärts abzuweichen. Darüber hinaus hat die Arbeiterschaft zu fordern, daß zur Steigerung der Produktivität Maßnahmen getroffen werden, die geeignet sind, den Gedanken des Sozialismus zu fördern, die Sozialisierung vorzubereiten oder zum mindesten die Entwicklung der Produktionsverhältnisse in allen Produktionszweigen jenem Reifezustand zuzuführen, die die Ueberführung des Privateigentums an den Produktionsmitteln in Gemeineigentum erleichtert. Solange die Regierung vor Eingriffen dieser Art in das Gebiet der Privatwirtschaft zurückbleibt, ist mit Steigerung der Produktivität in der Mehrzahl der Fälle lediglich Steigerung der Profite gemeint. Und solange sie einseitig auf Kosten der Arbeiter erreicht werden soll, hat die Arbeiterschaft keinen Anlaß, sich für eine solche „Steigerung der Produktivität“ ins Zeug zu legen oder gar die Mittel ihrer Organisationen zur Unterstützung bankrotter Unternehmer bereitzustellen, wie es jetzt mit dem Kredit von 4 Millionen Kronen geschehen ist, den die skandinavischen Gewerkschaften der deutschen Generalkommission überlassen haben.

Bei der Beurteilung der Akkordarbeit ist zu beachten, daß die Arbeiterschaft sie stets abgelehrt hat, weil sie die Konkurrenz der Arbeiter untereinander verschärft und dem Unternehmer die Möglichkeit gibt, diese Konkurrenz zum Nachteil der Gesamtarbeiterschaft auszunutzen. Dieses Moment ist von den Gewerkschaften heute mehr denn je zu beachten. Viele Gewerkschaften haben tausende, hunderttausende neuer Mitglieder, die noch nicht jene Disziplin im Leibe haben, die notwendig ist, damit der einzelne Arbeiter den persönlichen Vorteil, der durch die Ausnutzung günstiger Akkordbedingungen und durch große Arbeitsfertigkeit erreichbar ist, zurückstellt hinter das Interesse der Arbeiterklasse. Nur weil den alten, geschulten Gewerkschaftsmitgliedern diese Disziplin in hohem Maße eigen war, war es den Gewerkschaften möglich, die Nachteile des Akkordsystems hintanzustellen, wo die Befestigung der Stücklöhne noch nicht möglich war. Heute aber ist die Einführung der Akkordarbeit in großem Umfange aus den angeführten Gründen eine Gefahr für die Errungenschaften der Gewerkschaften.

Ferner ist zu bedenken, daß sich die Betriebskassen und die Maschinen und Werkzeuge in fast allen Produktionszweigen im schlechtesten Zustande befinden. In den Eisenbahnbetrieben ist der Zustand so schlimm, daß eiserne Lokomotivdirektoren erklären mußten, der Mangel an ordent-

lichem Werkzeug sei der Hauptgrund für die geringe Arbeitsleistung. Gelingt die Akkordarbeit unter solchen Umständen zur Einführung, so trägt die Arbeiterschaft allein den Nachteil, der aus dem schlechten Zustande der Arbeitsmittel erwächst. Und das Interesse der Unternehmer an der Verbesserung der Werkzeuge sinkt gleichzeitig auf ein Minimum, während das Interesse der Gesamtwirtschaft die ständige Verbesserung der Technik fordert. Das gleiche gilt für die Rohstoffe und Hilfsstoffe, aus deren Mangel die Arbeit ausfallendem Mangel den Arbeitern unter dem Akkordsystem Verdiensterluste erwachsen. Auch die Käufer zu verarbeitenden Erzeugnisse, die noch immer im Gebrauch sind, hemmen in vielen Produktionszweigen die Arbeit und schädigen den Arbeiter.

Die Arbeiterschaft hat mithin alle Pläne, die das Unternehmertum ausbeutet, und als Sekundäres in der Wirtschaftsentwicklung, sorgfältig zu prüfen. Hinter der heuchlerischen Fassade von der Steigerung der Produktivität im „Volkinteresse“ verbirgt sich meist das Bestreben, die Ausbeutungsschraube schärfer anzuziehen, oder — wie sich gerade an der Akkordarbeit zeigt — die Absicht, das Risiko zum Teil auf die Arbeiterschaft abzuwälzen.

Unsoziale Steuerpolitik.

In der „Anonimistischen Korrespondenz“, schreibt Dr. Neuzynski über die geplante Umsatzsteuer:

Die Umsatzsteuer soll nach den Beschlüssen des Ausschusses der Nationalversammlung von 4 Prozent auf 14 Prozent erhöht werden. Der Reichsfinanzminister erwartet aus der neuen Steuer eine Jahreseinnahme von nicht weniger als 4 Milliarden Mark. Er wünscht die Annahme des Gesetzes noch vor Weihnachten. Die Entscheidung, vor die sich die Volksvertreter hier gestellt sehen, ist von der allergrößten Bedeutung. Noch niemals haben sie eine laufende Steuer von ähnlichem Umfang zu bewilligen gehabt. Dabei handelt es sich um eine Steuer, die sozialpolitisch zu den größten Bedenken Anlaß gibt, denn sie belastet die Verbraucher im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit: 1. Der Wohlhabende spart mehr als der Minderbemittelte; sein Verbrauch ist im Verhältnis zu seinem Einkommen geringer; er spart daher einen kleineren Teil seines Einkommens als Umsatzsteuer. 2. Die Ausgaben des Minderbemittelten sind, abgesehen von der Klein-, fast alle umsatzsteuerpflichtig; der Wohlhabende hat weit mehr umsatzsteuerfreie Ausgaben (direkte Personals Steuern, Schulgeld, Dienstlohn, Arztgebühren usw.). 3. Die Einkünfte von der Steuer befreit; bei dem Wohlhabenden aber spielt der Verbrauch ausländischer oder aus ausländischen Rohstoffen hergestellter Waren eine größere Rolle als bei dem Minderbemittelten. 4. Der Wohlhabende kauft häufiger beim Fabrikanten oder Großhändler als der Minderbemittelte; er entgeht also häufiger der Umsatzsteuer, die der Kleinhändler zu zahlen hat und auf den Verbraucher abwälzt. 5. Die besten und luxuriösesten Waren, die vorwiegend von den Wohlhabenden gekauft werden, werden von der Umsatzsteuer am wenigsten betroffen, da hier der Aufschlag des letzten Verkäufers an den Verbraucher am höchsten ist.

Die großen sozialpolitischen Bedenken gegen die Umsatzsteuer erfahren nur eine kleine Milderung durch die erhöhten Sätze auf „Ausgabenstände“. Denn der Anreiz des Verbrauchs, der auf diese Ausgabenstände entfällt, ist auch bei den Wohlhabenden nur gering. Zudem wird die halbe Milliarde, die durch die „Ausgabensteuer“ aufgehoben werden soll, keineswegs ausschließlich von den Wohlhabenden getragen werden. So wird denn auch die Verzögerung, die die Wohlhabenden bei der allgemeinen Umsatzsteuer genießen, bestenfalls durch die Benachteiligung bei der Steuer auf Ausgabenstände ausgeglichen werden. Im ganzen wird danach die neue Umsatzsteuer wie eine allgemeine Einkommensteuer in Höhe von etwa 7 bis 8 des Einkommens wirken, der sich die Kleinen schwer, die Armen aber überhaupt nicht entziehen können.

So sieht die Steuerpolitik aus, die die Reichslogikisten der Arbeiterschaft bekämpfen!

Kommunistische Einigkeit?

Das wüste Geschimpfe mancher kommunistischer Heißapostel auf die „verbürgerlichte“ U. S. V. D. will nicht verstanden werden. Sie bilden sich noch wie vor ein, die alleinigen Inhaber des Steins der Weisen für die proletarische Bewegung zu sein und lassen sie an ihrer doktrinarischen Verantwortung lieber zugrunde gehen, als daß sie nach einem vernünftigen Nebeneinanderleben mit uns streben. Ihnen ist nicht zu helfen, obwohl ihnen Lenin soeben wieder kräftig den Unflug ihrer syndikalistischen und antiparlamentarischen Spielereien unter die Nase gerieben hat.

Freilich hat Lenin es bei dieser Gelegenheit aus Rücksicht auf die geküßelte Spielart unserer deutschen kommunistischen Gegner für notwendig gehalten, wiederum in ihre Zornart gegen uns einzustimmen. Das ist natürlich ein völlig unverständliches Spiel; um so gefährlicher für die Volkswirtschaft, als sie selbst durchaus von der Ueberzeugung durchdrungen sind, nur die Weltrevolution könne ihre Fortschritt in Ruhestand sichern. Das bedingt ein Zusammenarbeiten mit den revolutionären Parteien aller Länder: ganz gleich, welcher tatsächlichen Methode sie sich zur Verwirklichung des gemeinsamen Zieles bedienen.

Die kommunistische „Freiheit“ in Bonn gibt das in ihrer Nr. 235 vom 9. Dezember auch unumwunden zu. Sie schreibt:

„Die kommunistische Partei Russlands weiß, daß die russische Revolution nur dann endgültig liegen kann, wenn die Weltrevolution liegt. Aber die Weltrevolution kann sich nur entwickeln als Bewegung, die dem Proletariat jedes Landes gemacht wird. Setzt sich die proletarische Revolution in den anderen Ländern in absehbarer Zeit nicht soweit durch, um den Ententeimperialismus zu lähmen, so droht der russischen Arbeiterrepublik das Geschick, das sie erleidet, denn der Abwehrkrieg gegen die Entente läßt alle die auf die wirtschaftliche Reorganisation gerichteten Kräfte.“

Das entspricht vollkommen der Auffassung, die wir bisher vertreten haben. Wenn diese Auffassung erst Gemeingut aller deutschen Kommunisten geworden, werden wir uns sehr bald mit ihnen verständigt haben.

Weitere Erfolge der Roten Armee.

Der Heeresbericht des Kriegsamtes über Südrußland besagt die Einnahme von Charlow, Soltawa und Beremitschew durch die Volkswolken. Die auf 5000 Mann zusammengeschmolzenen Streitkräfte Petljuras befinden sich südwestlich von Schitomir. Petljura ist nach Polen entkommen.

Teuerungszulagen für Beamte. Im Haushaltsausfluß der Nationalversammlung teilte der Reichsfinanzminister am Montag mit, es sei geplant, nach der Verabschiedung der Besoldungszulagen den Beamten Teuerungszulagen zu gewähren oder diese zu erhöhen. Die Beratungen wurden einseitig ausgesetzt, um den Fraktionen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

Deutschlands Lieferungen an die Entente. Churchill teilte im Unterhaus auf eine Anfrage mit, daß Deutschland bis jetzt 5000 Kanonen, 20000 Maschinengewehre, 8000 Schützenkarabiner sowie 1700 Flugzeuge und Eisenbahnmateriale abgeliefert hat. Es müssen noch 42 Lokomotiven und 640 Eisenbahnwagen ausgehändigt werden.

Der augenblickliche Stand des englischen Heeres. Churchill teilte im Unterhaus auf eine Anfrage mit, daß die Anzahl der Mannschaften des englischen Heeres am 1. August 1914 mit Aufnahme der Reserveabteilungen 283 044 Mann betrug, während am 10. Dezember 1919 299 000 Mann im Dienste waren, ausgenommen die Freiwilligen, die sich auf ein Jahr verpflichtet hatten, und andere spezielle Dienstverträge. Die Gesamtstärke betrug am 14. Dezember 1919 485 000 Mann.

Tod eines dänischen Sozialistenführers. Der Vorsitzende der dänischen sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Sigvald Olsen ist Dienstag nachmittag im Alter von 66 Jahren gestorben.

Die spanischen Genossen gegen Kompromisse. Der Kongress der Sozialisten Spaniens beschloß, jeden Kompromiß mit anderen Parteien abzulehnen.

Kriegsgefangen!

Es war im Aufnahmestadium eines Gefängnisses zu München. Auf einer langen Bank saßen die weiblichen Verhafteten. Auf der rechten Seite des Raumes auf einer genau ebenso langen Bank die männlichen. Unter der langen Reihe der weiblich ansehenden befand sich auch ein Mädchen, das bitterlich weinte, das aus Hamburg war und den sogenannten gubürgerlichen Kreisen angehörte. Sie war nun schon seit 8 Tagen einsam, weil sie sich am heutigen Fremdenamt nicht binnen 24 Stunden meldete.

In diesem Räume befand sich auch ein Tisch mit einem Schreiber und vieler Männer mit schönen Schindeln und mahligen Schiffsdecken. Aus ihrer krummen Haltung war zu erkennen, daß sie dem Militärkommando angehörten. Auch trugen sie mächtige und sehr feste Militärstiefel und auch sonstige militärische Ausrüstungsstücke. Ihr Gesicht hatte etwas von jenem Zug, den das deutsche Volk mit dem Namen Feldwebel in Verbindung brachte. Automatisch bewegten sich ihre Hände immer an der Hosennaht. Ihre Stimme war militärisch, kurz und abgehackt. Der Raum war unglaublich stark geräuselt.

Unter den Reuten, die gerade ankamen, war ein Dienstmädchen, ein paar junge Mädchen, die wegen Landstreicherei angefaßt, weil sie auf dem Land herumzogen, weil sie keine Arbeit bekommen haben und weil sie keine Erwerbslosenunterstützung bezogen.

Das andere waren meist politische Gefangene; — alles so schön harmonisch auf einer Bank verurteilt. Ebenfalls auch ganz klar; alles Reute, die die bürgerliche Gesellschaftsordnung auf ihren eigenen Füßen ruhen — aber im Sinne hatten zu verlegen, die leicht noch mehr.

Die Männer mit den Schiffsdecken standen anrecht da. — Und sie wußten so ihren Dienst aus, indem sie so umherstanden, mit ihren schönen Werten und ihren finsternen, verzogenen Gesichtern.

Und sie dachten sich wohl: O Herr, ich danke dir, daß ich nicht so bin, wie diese da.

Einer Jugendgenossen wurde das Warten zu lang und fing zu lachen an. Und da sagte aber der Herr, der ganz vorne am Schreibtisch saß: „Sie haben hier gar nichts zu lachen, Sie sind hier Kriegsgefangene!“

Und ich ging zum Mädchen hinüber: Kriegsgefangene der Bourgeoisie!

Kriegsgefangen! Gefangen, weil du im Kampf zu offen tustest, zu mutig. Gefangen von einer Klasse, die du haßt, viel mehr als die „feindlichen Nationen“, die dich ja nicht „unterdrücken“. Gefangen von einer Klasse des freiesten Volkes der Welt, mit der du dich im Kampf befreundest; im harten, unerbittlichen Kampf um die Freiheit deines Volkes — des Proletariats. Früher sandten sie den Sozialismus ja gar nicht so schlimm, aber selbst wenn sie spannen, daß es ihre heiligsten Interessen (des Kapitals) angeht, sind sie während geworden, und sie entziehen sich ob der Freiheit, Gerechtigkeit zu verlangen. Und sie sperrten dich ein in diesen Kampf!

Du bist Kriegsgefangen, kleine Genossin; darüber darfst du nicht trauern sein, sondern froh; — als Kriegsgefangene des Feindes deiner Klasse, für deren Befreiung du kämpfst.

Kriegsgefangen! — — — — — L. R.

Und Hippa tanzt.

(Deutsches Theater.)

Gerhart Hauptmanns „Schwätzenmädchen“ hatte gestern im „Deutschen Theater“ einen größeren Erfolg als bei seinem ersten Erscheinen vor vierzehn Jahren. Damals ging Hippa vorüber, jedoch, nur von Weibchen erkannt und in der Gasse festgehalten. Ihr Dichter glaubte an die Wirklichkeit seines liebsten Kindes. Es rückte gestern an viele Herzen, obwohl die Aufführung hinter der ursprünglichen aus der Gasse Otto Brauns nicht frei für Gerhart Hauptmann? Dann wäre gewiß der glänzende Ton dieses Märchens noch besser ausgefallen. Helig Holand's Regie hielt sich an die naturalistischen Elemente und fügte sie zu seinem Spiel, ohne die höheren Regionen zu erreichen. Vor allem fehlte die „Hippa“, das holde, gaiselnde, zerbrechliche, buntschillernde Geschöpf des Gases und der Wasserlinie. Paul Cederberg, puppenhaft gegürtet, schau von Ballett oder aus der Oper „Mignon“ zu kommen. Aber wie von Eisenbarth bestrahlt und ganz im Sinne Gerhart Hauptmanns war Herr Xhimig als herabgelassener deutscher Handwerker, dessen Wanderschaft nach Wollenludusheim, immer den Himmel voller Selgen und goldener Träume, die die Welt bewandern. Die frappante Natur verlor sich in animalischer Wildheit Herr Xhimig's, ein läppischer Niese mit der Schnur im Herzen, hold und wild, Wozla und Korbak, die alten Kanan von dem

Wälder lediglich ein edler Sprecher, ganz unmythisch und ohne die Ahnen der Weltzeit, deren Sdawal vor dem Genie menschlichen Glüdes schmilzt. Gerhart Hauptmann, oft und berg hoch gerufen, dankte mit den Darstellern für den Beifall, der das „Gondelknecht“ bei seiner neuen Fahrt durchs Morgenrot und über Hyazinthen Moore“ begleitete. R. B.

„Rose Frommhold.“

Uraufführung im Rose-Theater.

Gustav Stadberg, den Berliner Arbeitern nicht unbekannt in seiner Eigenschaft als Arbeiterrat und Vorsitzender der U. S. V.-Fraktion der Arbeiterliste hatte gestern Abend mit seinem Drama „Rose Frommhold“ im Rose-Theater vollen Erfolg. Er schien, daß das Stück, das ich gestern auf der Vorhabenshöhe im Berliner Osten sah, auch auf einer besseren Bühne gespielt zu werden verdient. Ich denke da in erster Linie an die Volkshäuser, die doch die Aufgabe haben, Stücke aufzuführen, die dem Verständnis ihrer zum größten Teil aus Arbeitern zusammengesetzten Mitglieder nahe liegen. „Rose Frommhold“ ist ein solches Stück. Der Dichter gelebt und die Menschen — wie sie sind. Sein Einzelschicksal ist es, das er schildert, es ist der Kampf zwischen einem Emporkömmling und den Entschulten, die bei ihm ihre Not finden. Rose Frommhold tritt dabei nicht lediglich hervor, so daß die Anerkennung des Stückes noch für nicht berechtigt erscheint. Gerade sie erscheint am wenigsten erst von allen Personen, denn eine reiche Müllerstochter, die sich in den armen Gefellen ihres Vaters verliebt und sich um Leben bringt, als sie der letzten Ueberzeugung ist, daß er die Träne abgedrückt hat, geht nicht zu den Wohlhabenden und kommt meist nur in Romanen vor. Ueber diese Schwäche kann man sich aber hinwegsetzen, im großen ganzen ermet das Stück Wahrheit, Kraft und Menschlichkeit, die auch am dramatischen Schluß den Sieg davontragen.

Gestraft wurde unter der Regie Max Schiefners, der die Rolle des Müllersohnes übernommen hatte, sehr gut. Neben ihm sind Sigurd Reiter (Frommhold), Anna Jordan, Anna Bergen, Richard Rau, Martha Senius und Helene Gertrud Lorenz lobend zu nennen. Das Publikum sprach reichlich Beifall, einige Male bei offener Szene. Am Schluß wurde Gustav Stadberg mehrmals herbeigerufen. R. B.

Die heimliche Oper heißt wegen der Vorbereitungen für die am kommenden, den 20. d. M., stattfindende Uraufführung des „Diele, Zicklerlöcher“ Erktion, den 19. d. M., stattfinden.

Pressestimmen zum Parteitag.

IV.

„Vollrecht“, Frankfurt a. M.

Ein Spiegelbild der revolutionär gärenden Zeit, die auch die Parteibewegung ergreifen muß, die sich in der Zusammenfassung des Körpers unserer revolutionären Partei widerspiegelt und darum dem Kampf der Meinungen ihr Gepräge aufdrückt — so mag man rückwärtend den nunmehr hinter uns liegenden Parteitag charakterisieren.

Aber trotz der heftigen, zum Teil leidenschaftlich erregten Auseinandersetzungen muß doch festgestellt werden, daß gerade diejenigen Meinungsverschiedenheiten in der Frage der Einbeziehung des Parlamentarismus und der Diktatur, die in den vergangenen Wochen am stärksten die Gemüter erregt hatten, in der Debatte etwas zu kurz gekommen sind. Das mag seine Ursache darin haben, daß einerseits die Kritiker ihre Hauptkraft auf die Frage der Internationalen Konzentration hatten, und andererseits darin, daß die zur reformistischen respektive demokratischen Auffassungen neigenden Elemente in der Partei zu einer bedeutungslosen Minderheit geworden sind.

Wir wollen allerdings nicht unangespochen lassen, daß wir auch den vorangegangenen heftigen Debatten, den Auseinandersetzungen der Reichskonferenz und der gesamten Parteipresse, der Kongresse in Sachsen usw. es für erwünscht gehalten hätten, wenn der Referent (Griffen) durch eine scharfe Darlegung der in den letzten Monaten aufgetretenen Streitfragen insbesondere der verschiedenen Einschätzung des Parlamentarismus und der Diktatur, sich nicht über diese „Einbeziehung“ gestellt, sondern unmissverständlich mit ihnen abgerechnet hätte. Vor allem hätten wir gewünscht in der Frage der in Sachsen betätigten Politik eine Heberhöhung des Parlamentarismus, die beinahe bis zum Ministerialismus geführt hätte, den wir im bürgerlichen Klassenkampf entschieden abzulehnen haben. In gleicher Weise allerdings es notwendig gewesen, der zeitweilig aufgetretenen grundsätzlichen Ablehnung des Parlamentarismus und selbst der Verneinung einer Betätigung unserer Parlamentarier in den Konventionen entgegenzusetzen, wenigstens in der gegenwärtigen Situation dieser Standpunkt nicht mehr vertreten wurde.

So notwendig wir einen klaren Entschluß des Parteitages in dieser bedeutsamen Frage (Internationalen) auch hielten — und die zu unserem Teil haben rechtzeitig in den vergangenen Monaten dazu beigetragen, um eine Entscheidung im revolutionären Sinne herbeizuführen zu lassen — so wollen wir und doch gleichzeitig jeden Missionspolitiker warnen und können darum der übertriebenen Einschätzung des Genossen Däumig nicht zustimmen, die den direkten Anschlag als eine Tat pries. Der Entschluß in der Frage der Internationalen ist nichts anderes als ein Bekenntnis, daß sich aus dem grundsätzlichen Programm als notwendige Ergänzung unserer nationalen Politik auf das internationale Gebiet ergab.

Wir wollen uns aber dabei bewußt machen, daß wir unseren treuen Genossen durch unseren Anschlag noch keine direkte Hilfe in ihrer schweren Not zuteil werden lassen; wollen wir ihnen durch die Tat helfen, dann muß unsere ganze Kraft darauf konzentriert werden, durch eifrigste Aufklärungsarbeit im eigenen Lande und durch entsprechende Politik die Revolution in Deutschland vorwärtszuführen und dadurch indirekt den Entwicklungsprozess auch in anderen Ländern im revolutionären Sinne durch unsere Tätigkeit zu fördern und anzuspornen. Damit allein dienen wir der Sache des internationalen Proletariats, fördern wir die immer unerschütterlicher sich entfaltende Weltrevolution!

Wirden wir auf das gesamte Ergebnis des Parteitages zurück, so können wir davon nur in jeder Beziehung zufrieden sein. Er hat uns das Mitzug gegeben, dessen wir in dem uns bevorstehenden hartem und doch frohem Ringen bedürfen: Ein klares, unmissverständliches Programm, das in seiner werdenden Wirkung alle revolutionären Elemente zu sammeln geeignet ist, in internationaler Beziehung eine klare Marschroute, das Bekenntnis zu einer wahren Internationalen der Tat.

„Oberfränkische Volkszeitung“, Hof i. B.

Um es gleich vorweg zu sagen, wir sind mit diesem Parteitag nicht zufrieden. Wohl hat das neue Aktionsprogramm die einstimmige Billigung des Parteitages gefunden, aber die Erledigung der Internationalen-Frage und die sie begleitenden Umstände und Debatten zeugten nicht von jener Höhe geistigen Wirkens und Schaffens, sowie Ehrlichkeit des Handelns, wie es für überzeugte Sozialisten als selbstverständlich gelten sollte.

Nach den Wochenlängigen Debatten über den Anschlag oder die Mitarbeit zur 2. kommunistischen Internationalen war es vorzuziehen, daß es zu scharfen Zusammenstößen kommen würde, und die Vorgänge auf dem Parteitag haben das bestätigt. Man hatte fast den Eindruck, als ob unter der Mitgliedschaft bei der

Ausstellungen.

Frankfurt muß ich eine Ausstellung rühmen, die ich nicht gesehen habe. Ueber die Architekturausstellungen und Modelle von Reichs-Merkmalen kann ich nichts ausfragen, da sie leider schon verschwunden waren, als ich sie aufsuchen wollte. Aber doch kann ich Paul Cassirer beglückwünschen, daß er endlich dazu gelangt ist, auch Architektur auszustellen. Hoffentlich folgen bald weitere Ausstellungen junger Architekten.

Die Eröffnung der Bestlein-Ausstellung im Salon Parill (Postdamer Straße 118) war ein gesellschaftliches Ereignis und die Konstatierung eines künstlerischen Erfolges. Wenden wir auf Bestleins frühe Arbeiten zurück — wozu erst kürzlich an derselben Stelle Gelegenheit war —, so drängt sich die Erinnerung auf, daß schon in jener seiner besten Zeit Bestlein von der Höhe eines Stärkeren lebte, von der ihn weit übertragende Gestaltungskraft Karl Schmid-Rotluffs, der jetzt von Gothen Zeit wieder aus den Jahren 1906—1910 in einer eigenen Ausstellung zeigt, die zum Besuch empfohlen sei (Galerie Döllner, Postdamer Straße 134 C). — Sieht man jetzt Bestleins neue Bilder aus Rodon, so erschrickt man vor der analogen Technik, mit der die Leinwand quadratmeterweise mit Landschaften, Stillleben, Porträts, Tierstudien usw. fabrikmäßig vollgemalt ist. Welche feindliche Dämon verrät sich in dieser Art, die Literatur aller Bewusstseinsgrade hemmungslos vernichtet.

An gleicher Stelle hingen zuvor bei Curll die Arbeiten Kurt Herrmanns als das in seiner Bestimmung reine Werk eines mehr als Sechzigjährigen, der niemals mit einer gefundenen Formel zufrieden war, niemals einen Trost aus sich selbst, sich niemals „zur Ruhe setzte“. Und wie hoch steht selbst der junge Anhang Ernst Lindemanns-Lüneburg (bei Rietschel, Viktorienstraße 20A) über Bestleins böser Habschwarzheit, aber der Kunsthandel hat mit Bestlein gute Tage.

Adolf Wehne.

Eine englische Gruppe der Markt, die unter der Führung von Roman Holland lebenden Vereinigung französischer Dichterkollegen, ist in London gegründet worden. Sekretär der englischen Gruppe ist der Dramatiker Douglas Goldring.

In Prag fand im tschechischen Theater die erste Aufführung von „Die Unglückliche Komödie“ von Krauska in tschechischer Sprache mit großem Erfolg statt. Die deutsche Bühnenbearbeitung von Franz Theodor Osfor wurde durch den Bühnenbetrieb Gustav Neppelner, Potsdam, vom Volkstheater in Wien und Schauspielhaus in München erworben.

U. S. P. folgende Kommunisten den Parteitag besuchen wollten, um die Trümmer ihrer zur Ohnmacht gemachten Organisation durch Sprengung und Spaltung der U. S. P. neu zu beleben.

Die Revolution hat in den Köpfen verschiedener Genossen eine Stimmung ausgelöst, die annehmend ein ruhig-faites und objektiv-sozialistisches Denken in Bezug auf die Frage der Internationalen nicht zulassen scheint. Die Sympathie für das kämpfende Sowjet-Rußland ist für die meisten das allein bestimmende Moment des Anschlusses an die kommunistische dritte Internationale, die für sie eine Art Fetisch bedeutet, und den zu kritisieren, von ihnen als — unsozialistisch angesehen wird.

Diese Genossen vergessen nur die eine „Kleinigkeit“, daß wir marxistische Sozialisten sind, die auf der historischen-ökonomischen Erkenntnis ihr Denken und Handeln stützen. Die Kommunisten haben eine eigene Partei und haben sich in der Moskauer Internationale eine eigene Internationale geschaffen, hinter der nur ein relativ kleines Heer von Proletariern steht. Diese Moskauer Internationale hat auch ein eigenes Programm und eine eigene Taktik, die nicht die unserer ist. Die von verschiedenen Genossen verlangte Würdelose und laienhafte Unterordnung der U. S. P. unter die Moskauer kommunistische Internationale würde ein Aufgeben der U. S. P. als sozialistische Partei bedeuten. Um so mehr, da die Moskauer Internationale ein bedingungsloses Anerkennen ihres Programms und ihrer Taktik fordert.

Schon der in beleidigender und verletzender Form gegen uns geführte Kampf von Rodon hätte doch allen jenen für den sofortigen bedingungslosen Aufbruch Bereiteten sagen müssen, daß ein solcher Kampf ein sehr schlechter politischer Berater ist. Und im Zusammenhang damit beachte man jene Männer auf dem Parteitag, die alles bisher Dagewesene übersteigen. Ganz „unfähig“ war nämlich der kommunistische Führer Dr. Levi aus Frankfurt a. M. anwesend, um natürlich auch ganz „zufällig“ Dr. Kurt Geyer und seinen Freunden faktische Direktiven zu geben, je nachdem es die Situation erheischt.

Solche ungläublichen Vorkommnisse sind nicht nur ein Novum im Kampf der U. S. P., sondern zeigen auch mit aller Deutlichkeit, wohin die Absicht verschiedener Genossen steuert. Eine solche Vorkommnisse, wie sie sich Verschiedene unter der Oberleitung Dr. Levi auf dem Parteitag leisteten, muß für die Genossen im Lande ein Ansporn sein, den Klärungsprozess mit größter Entschiedenheit durchzuführen. Und dagegen wenden wir uns mit aller Schärfe, daß sich Genossen als Sprengpulver benutzen lassen, um im Rahmen der U. S. P. kommunistische Verarbeit zu leisten.

Wir hätten gewünscht, daß sich der Parteitag auch mit den brennenden Fragen der inneren Politik eingehender beschäftigt hätte, die leider auf Konto der Internationalen-Frage zu kurz gekommen ist.

Die Direktiven für unsere nächsten Aufgaben sind uns gegeben: wir müssen gründlich und umfassend an der Vertiefung der sozialistischen Erkenntnis bei den Massen arbeiten. Dann werden alle Spaltungsabsichten und Krisenerscheinungen zuhauften werden und die Vorbedingungen für den erfolgreichen Kampf des Proletariats um seine Befreiung und um die Errichtung und Erhaltung der sozialistischen Gesellschaft geschaffen.

„Tribüne“ in Erfurt.

Die einstimmige Annahme des Aktionsprogramms der U. S. P. hat gezeigt, daß die rechtssozialistischen Spaltkräfte keinen Nährboden bei uns in der Partei finden, trotzdem bekannt ist, daß auch in unserer revolutionären Partei noch starke Ueberreste der im alten Geiste fahrenden mit der Phrase „Organisation und Agitation“ geheizten Wahlmaschine vorhanden sind. Der Parteitag hat eingeschrieben, daß die allen Schäden, die dem vom Revolutionsparteitag im März beschlossenen Aktionsprogramm noch anhafteten, gründlich beseitigt werden mußten. In revolutionärer Zeit muß eine revolutionäre Partei sich so schnell wie möglich den sich ändernden und in kürzeren Zeiträumen verändernden Verhältnissen anpassen und für ihre politischen und revolutionären Aktionen Richtlinien festlegen. Nach unserer Auffassung ist das in vorzüglicher und wirkungsvoller Weise im neuen Aktionsprogramm geschehen, das uns das Höhen und Verzichtsmachen unseres Parteitages an der bürgerlichen Presse, gemäß ihrer Aufgabe, das Privatkapital vor dem Sozialismus zu retten, und unter Verächtlichung ihrer bisherigen Heberhebung, durchaus verständlich erscheint. Ebenso verziehen wir auch das Witzgeburd der rechtssozialistischen Perle. Ihre Mäher wissen, um was es geht, denn sie kennen ihre Stunden zu genau, als daß sie nicht wüßten, daß das wirklich revolutionäre Proletariat sich wohl auf dem Boden des Aktionsprogramms der U. S. P. zusammenfinden kann und mit Hilfe des Räteintriums dies tun wird. Der Riß der Einigung, der kurz vor unserem Parteitag von den Scheidemannern mit der Parole „Der Feind steht rechts“ ausgelagt wurde, löst niemand mehr, dem es wahres Herzensbedürfnis und tiefe Erkenntnis des gesunden Verstandes ist, die Revolution vorwärts zu treiben und die mit rechtssozialistischer Hilfe angewachsene Gegenrevolution in Deutschland und der Welt zu überwinden.

Auch in der Frage der Internationalen hat der Parteitag nach unserer Auffassung den einzig richtigen Entschluß getroffen. Zwar wären es, als ob es am Freitag zu einer Katastrophe führen sollte, da infolge verschiedener Mißverständnisse und vorgefaßter Vorurteile eine Verständigung zuerst vollständig ausgeschlossen schien. Die angenommene Resolution bedeutet ein Sieg der Opposition, besonders da es ihr möglich war, den Parteitag noch zur Annahme des Zusatzantrages zu veranlassen. Alles in allem genommen darf die Partei mit der Arbeit des Parteitages zufrieden sein: Das neue Aktionsprogramm gibt uns die Möglichkeit, das gesamte revolutionäre Proletariat zu sammeln, der Beschluß über die Internationale hat und die bisher von allen Genossen gewünschte klare Bahn geschaffen und der Ausfall der Vorstandswahlen gut und die Garantie, daß im Sinne der schnellsten Durchföhrung der Beschlüsse gearbeitet wird!

Eine Berichtigung.

In dem Artikel: Der Streit um Kautskys Buch „Wie der Weltkrieg entstand“ in Nr. 602 unseres Blattes teilt uns Herr Leben du Pant mit, daß er mit dem millionenschweren Besitzer der „Allgemeinen Zeitung“ nur den Namen, nicht aber die Bedingungen gemeinsam habe, und daß die „Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. B. G.“ nicht zur Verlagsübernahme der Kautsky-Akten, sondern bereits im März d. J. zur Herausgabe einer Zeitschrift gegründet worden sei.

Aus der Parteipresse.

Die soeben erschienene Nummer 10 der „Kämpferin“ enthält folgende Beiträge: Unsere Tagung. — Das religiöse Bedürfnis des Proletariats. — Widerstand und Überwältigung. III. — Der Nationalismus und das Spiel unserer Arbeiter. — Gleichberechtigung? — Zur internationalen Frauenkonferenz. — Rote-Robert gegen medienburgische Frauen. — Der Mütter Amt. — Suggestion als Erziehungsmittel. — Das Neue Dingda. — Freie Jugend. — Zu Haases Tod. — Wäckerlein.

Heft 43 des „Arbeiter-Rat“ (Zehrleitung Ernst Däumig) ist erschienen. Aus dem Inhalt: Max Siebers: Es geht vorwärts. Oswald Gynpin: Organisation der Arbeit. Bruno Wach: Löhne und Preise. Rud. Dattig: Ein kommunistisches Aktionsprogramm. Mitteilungen aus dem Weide. Für und wider. Zu beziehen durch den Verlag Berlin S 14, Seebahnstr. 37/38. Preis des Abonnements monatlich 2,40 M., vierteljährlich 7,20 M., Einzelheft 75 Pf.

Gewerkschaftliches.

Die Berliner Gewerkschaftskommission für den Industrieverband und gegen die Liebesgaben für die Dunler.

Die Diskussion über das Thema „Berufsorganisation — Industrieverband — Betriebsorganisation“, das in einer Sitzung des Plenums der Gewerkschaftskommission am 9. d. M. erörtert wurde, fand am Dienstag ihre Fortsetzung. Nach eingehender, außerordentlich sachlicher Diskussion wurde nachstehende Resolution von 8 Stimmen angenommen:

Ausgehend von dem Gedanken, daß es gilt, gegen den Kapitalismus die geschlossene Einheitsfront der Arbeiter und Angestellten zu erhalten und zu härten, erklärt die Berliner Gewerkschaftskommission, daß sie in den Bestrebungen zur Gründung von sogenannten revolutionären Betriebsorganisationen, Angestellten- und Arbeiterverbänden eine schwere Schädigung der Arbeiterkraft Groß-Berlins erblickt.

Sie fordert die der Gewerkschaftskommission angeschlossenen Verbände auf, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln für die Umbildung der einzelnen Organisationen zu Industrieverbänden einzutreten.

Die Berliner Gewerkschaftskommission erklärt, daß alle diejenigen, die den sogenannten revolutionären Betriebsorganisation, den Angestellten- oder Fachverbänden angehörend oder die Idee derselben propagierend, sich außerhalb der Reihen derjenigen stellen, die auf der Grundlage der Industrieverbände kampffähige Organisationen für die Arbeiter und Angestellten schaffen wollen.

Wer Mitglied einer der genannten Organisationen ist oder Bestrebungen zu deren Gründung unterstützt, kann nicht Mitglied der freien Gewerkschaften sein.

Es ist zu wünschen, daß das Reichskabinett mitgeteilt hat, daß wegen der zu erwartenden Lebensmittelverknappung eine Deputation der Gewerkschaftskommission in den nächsten Tagen antragsgemäß vom Reichswirtschaftsminister empfangen wurde.

Genosse F. Schmidt führte aus, daß die Regierung es nicht wagen würde, gegen die Landwirte vorzugehen. Sollten die Preissteigerungen eintreten, so müssen einheitlich auf den ganzen Linie die Tarife gekündigt werden und eine entsprechende Erhöhung der Löhne sei zu fordern, bis zu 5000 M. Einkommen müßten steuerfrei sein. Der Redner beantragt, daß die Gewerkschaften verpflichtet werden, noch vor Weihnachten Versammlungen einzuberufen, in denen mit einem einheitlichen Programm vor die Mitglieder getreten werden soll.

Nach weiterer Aussprache, in der schließlich gegen die Regierung und die Tarifpolitik der Gewerkschaften Stellung genommen wurde, fanden folgende Entschlüsse einstimmige Annahme:

„Die Gewerkschaftskommission verlangt von der Regierung, daß das Ansuchen der Landwirte Bündig abgewiesen wird. Wenn die Regierung dazu außerstande ist, wird die Gewerkschaftskommission in die gesamte Arbeiterschaft appellieren und zur Selbsthilfe auffordern.“

„Die Berliner Gewerkschaftskommission verlangt von Regierung und Kommune in Anbetracht der täglich steigenden Lebensmittelpreise eine entsprechende Erhöhung der Erwerbslosen-Unterstützung.“

Erster Gewerkschaftstag des Zentralverbandes der Film- und Kinoangehörigen Deutschlands.

1. Verhandlungstag.

Am Gewerkschaftstag begann am Dienstag der Erste Gewerkschaftstag des Verbandes der Film- und Kinoangehörigen Deutschlands. Der Eintritt in die Tagesordnung wurde der Antrag gestellt, daß Delegierte, die der Technischen Rohstoffe angehören, den Saal zu verlassen hätten. Nach Eröffnung der Tagung durch Genossen Bauer gab Genosse Dr. Czempin einen Bericht über die Entwicklung des Verbandes, während über die gewerkschaftstechnische Seite Genosse Otto referierte. Trotz der Sprengungsversuche der Unternehmer und der Lügenhebe der sogenannten Fachpresse macht die Entwicklung des Verbandes rapide Fortschritte und steht als jüngste und modernste, auf dem höchsten aufgebauten Industriegewerkschaft seine Führer über ganz Deutschland aus.

In der anschließenden Diskussion wurde die Wirtschaft des alten und bereits seit Monaten abgelehnten Vorstandes scharf kritisiert. Mehr als bisher hätten Kopf- und Handarbeiter zusammen zu stehen, bisherige Zusammenarbeit mit dem Volksgewalt wurde geordert.

Nach den Schlussworten des Referenten wurde dem Gruppen- und Gewerkschaftsrat gegen 2 Stimmen Entlastung erteilt.

Darauf hielt Genosse Bauer über die neuen Statuten ein längeres Referat. Nach Aussprache wurde der Statutenentwurf einer Kommission überwiesen. Ueber die Annahme der neuen Statuten soll ein neu einzuberufender Gewerkschaftstag entscheiden.

Groß-Berlin.

„Angelegte“ Kartoffeln.

Im Hausfrauenkreise wird zur Zeit viel geklagt, daß man beim Abholen der Kartoffeln meist mehr Erde, faule und erkrankene Kartoffeln erhält, als Speisekartoffeln selbst. Man ist mit Recht der Ansicht, daß dieser Unrat, der in die Müllkästen gehört, und den man mit schwerem Gelde bezahlen muß, menschliche Nahrung nicht darstellt. Der Kleinhandeler, dem man eine derartige Zugabe moniert, entschuldigend sich meist mit dem Hinweis, daß ihm seitens des Magazins die Kartoffeln so zugewiesen werden, und bei dem geringen Verdienst, den er an den Kartoffeln habe, sei es ihm nicht möglich, diese zu sortieren. Bei dem kleinen Quantum, das es aber wöchentlich sehr gibt, bedeutet dieser Abfall eine noch größere Verminderung der heutigen Nation. Es muß aber im Interesse der allgemeinen Lebenshaltung verlangt werden, und das mit allem Nachdruck, daß hier Remedy geschaffen werde.

Am 12. dieses Monats fand eine Besprechung der Kartoffel-Kleinhandeler mit den Großhändlern statt, bei der die Frage des Schutzes bei den Kartoffeln in dem Vordergrund stand. Die Großhändler erklärten, daß der reelle Großhandel ihren Arbeitern strenge Weisung erteile, die Kartoffeln zu „segnen“, d. h. zu leben. Es haben aber die Arbeiter eines Großhändlers den Beschluß gefaßt, die Kartoffeln nicht mehr über die „Sege“ gehen zu lassen. Sollte das der Fall sein, so muß ein derartiger Beschluß auf das Schärfste verurteilt werden, denn letzten Endes ist es die breite Masse der Konsumenten, die darunter leidet und bedeutet das auch eine große Verarmung des wachsenden Lebensmittels. Bei dem jetzigen Zustande, wie man die Kartoffeln bei Kleinhandeler erhält, muß man aber annehmen, daß dieser Beschluß noch heute ausgeführt wird. Die Arbeiter der Kartoffelbranche werden sich hinsichtlich zu dieser Frage äußern, da man

...wird nicht ohne weiteres ...

...des Marktes ...

...19. Dezember ...

Achtung! Arbeiterräte!

Die zum Donnerstag ...

Der Vollzugtrat, Rüd. Müller, H. Geinen

Zum Schillerfest ...

Die Entwürfe für Grabsteine ...

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin ...

Achtung! Achtung!

Brandje d. Zigarettenmaschinenführer.

Zum Jahresabschluss ...

Kaufmännische und Büro-Angestellte!

Am Donnerstag ...

Öffentliche Versammlung

Karl Bauer und Fritz Schmidt

Lebenshaltung Arbeitgeber

Steuern Regierung.

Zentralverband der Angestellten

Genossenschaftliche Partei Deutschlands

Öffentl. Versammlung

am Mittwoch, den 17. Dez. 1919

1. Was wollen die Kommunisten?

Spezial-Behandlung

Löser, Münzstr. 9

Verkäufe

Gartenverkauf

Gartenverkauf

Gartenverkauf

Gartenverkauf

Gartenverkauf

Gartenverkauf

Gartenverkauf

Gartenverkauf

Gartenverkauf

Gartenverkauf

Gartenverkauf

Gartenverkauf

Gartenverkauf

Gartenverkauf

Lebensmittellieferanten.

Lebensmittellieferanten. Am Donnerstag ...

Aus den Organisationen.

Bezirksorganisation Berlin-Stadt.

Am Donnerstag, den 18. d. M., abends 8 Uhr ...

Anseher geehrten Kundenschaft

Uns überwiesene Anzeigen ...

Verlagsgenossenschaft Freiheit

Platin Silber Quecksilber Kupfer Messing Samtl. Almetalle Zahngebisse

Zähne ohne Gumenplatte! Goldkronen Mäßige Preise!

Zahn-Praxis Klompen.

Kupfer! Zahngbisse!

Messing

Halb? Höchstehend

Alt-Metalle

Metallschmelze

Metallschmelze

Metallschmelze

Metallschmelze

Metallschmelze

Metallschmelze

Metallschmelze

Metallschmelze

Metallschmelze

Metallschmelze

Metallschmelze

Metallschmelze

Metallschmelze

Metallschmelze

Werkzeuge und Maschinen

Elektromotoren

Einkauf

Spiralbohrer

Spiralbohrer

Spiralbohrer

Spiralbohrer

Spiralbohrer

Spiralbohrer

Spiralbohrer

Spiralbohrer

Spiralbohrer

Spiralbohrer

Spiralbohrer

Spiralbohrer

Spiralbohrer

Spiralbohrer

Spiralbohrer

Spiralbohrer

Spiralbohrer

Spiralbohrer

Spiralbohrer

Spiralbohrer

Spiralbohrer

Spiralbohrer

Spiralbohrer

Spiralbohrer

Spiralbohrer

Spiralbohrer

Spiralbohrer

Spiralbohrer

Spiralbohrer

Spiralbohrer

Spiralbohrer

Spiralbohrer

Spiralbohrer

Spiralbohrer

Spiralbohrer

Verschiedenes

Spezial-Arzt

Rechtsbüro

Rechtsrat

Doktor

Forderungen

Achtung!

III Geld III

Unterricht

Kranke Ziegen

Tiermarkt

Arbeitsmarkt

Händler

Lederstepperinnen

Charlottenburg!

Waldstraße 68.

WEIHNACHTS-PRÄMIE für die Abonnenten der „FREIHEIT“

Um unseren Abonnenten die Anschaffung des soeben erschienenen

Prozeß Ledebour gebunden 25.- Mark

zu erleichtern, liefern wir bei gleichzeitiger Rückgabe oder Einsendung der Dezember-Quittung bis zum 24. Dezember d. J. das Werk mit

20 Mark.

Buchhandlung der „Freiheit“, Schiffbauerdamm 19